Gemeinde Roseburg

Der Bürgermeister der Gemeinde Roseburg

Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung Roseburg am Montag, den 12.12.2016;
Gaststätte Heitmann in Wotersen

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:36 Uhr

Anwesend waren:

Bürgermeister

Lübke, Otto

Gemeindevertreterin

Henne, Antje

Langhans, Doris

Gemeindevertreter

Gano, Bernd

Gröbler, Detlef

Hahn, Jens

Hinsch, Heiko

Horn, Maik

Kischkat, Hanno

Verwaltung

Benthien, Uwe

Reinke, Linda

Schriftführerin

Schering, Nina

Planungsbüro

Feenders, Hermann

Thieme-Hack

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Beschlussfassung über nicht öffentliche Sitzungsteile
- 3) Niederschrift vom 19.07.2016
- 4) Bericht des Bürgermeisters
- 5) Einwohnerfragestunde
- 6) 4.Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet: "Wotersener Weg Nr. 7/7a tlw. (Flurstücke 57/1 tlw., 57/2 tlw., Flur 3 sowie 87/2 tlw. und 1/5 tlw., Flur 5, Gemarkung Roseburg)", hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, Beschluss über eine erneute öffentliche Auslegung gem. § 4 a Abs. 3 BauGB
- 7) Bebauungsplan Nr. 6 für das Gebiet: "Wotersener Weg Nr. 7/7 a tlw. (Flurstücke 57/1 tlw., 57/2 tlw., Flur 3 sowie 87/2 tlw. und 1/5 tlw., Flur 5, Gemarkung Roseburg)", hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, Beschluss über eine erneute öffentliche Auslegung gem. § 4 a Abs. 3 BauGB
- 8) 3. vereinfachte Änd. des Bebauungsplanes Nr. 3 für das Gebiet: "Müllerland" zwischen "Bahnstraße" und der Bahnlinie Hamburg-Lübeck, hier : Aufstellungsbeschluss sowie Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB i. V. mit § 13 BauGB
- 9) Änderung des Umsatzgesetzes -Optionserklärung gem. § 27 Abs. 22 UStG-
- 10) 1. Nachtragshaushaltssatzung und -plan 2016 der Gemeinde Roseburg
- 11) Haushaltssatzung und -plan 2017 der Gemeinde Roseburg
- 12) Jahresrechnung 2015
- 13) Beschluss über die Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr Roseburg
- 14) Beschluss über die Satzung für Sondervermögen der Gemeinde Roseburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Roseburg
- 15) Verschiedenes

Tagesordnungspunkte

Öffentlicher Teil

1) **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnet um 19.05 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladungen form- und fristgerecht ergangen sind.

Zur Tagesordnung ergeben sich folgende Änderungen:
Der Tagesordnungspunkt 15 Wasserdifferenzen entfällt, hier wird der Tagesordnungspunkt Verschiedenes eingefügt.

Außerdem wird der Tagesordnungspunkt „Grundstücksangelegenheiten“ unter 16 eingefügt.

Bei dem Tagesordnungspunkt 7 entfällt bei der Flurstücksbezeichnung 57/1 tlw. der Zusatz „tlw.“

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form einstimmig genehmigt.

Herr Lübke verabschiedet Herrn Jeske als Schriftführer und bedankt sich für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

2) **Beschlussfassung über nicht öffentliche Sitzungsteile**

Beschluss

Der hinzugefügte Tagesordnungspunkt 16 „Grundstücksangelegenheiten“ wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und beschlossen.

Abstimmung: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

3) **Niederschrift vom 19.07.2016**

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vom 19.07.2016 erhoben.

4) **Bericht des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister berichtet über die erfolgte Anpflanzung des ehemaligen Mielke Grundstückes.

Ferner berichtet der Vorsitzende über den Bau der Buswartehäuschen. Zwei der vier geplanten Buswartehäuser sind bereits fertiggestellt.

5) **Einwohnerfragestunde**

Es wird die Zuständigkeit für den Winterdienst in Wotersen erfragt. Herr Kischkat schiebt und die Gutsverwaltung Wotersen ist für das Streuen zuständig.

Es wird berichtet, dass der Bürgersteig „Feuerwehrgang“ sehr uneben durch das Befahren von Autos sei. Herr Jeske wird sich dies vor Ort angucken.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

6) **4.Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet: "Wotersener Weg Nr. 7/7a tlw. (Flurstücke 57/1 tlw., 57/2 tlw., Flur 3 sowie 87/2 tlw. und 1/5 tlw., Flur 5, Gemarkung Roseburg)", hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, Beschluss über eine erneute öffentliche Auslegung gem. § 4 a Abs. 3 BauGB**

Aufgrund der Befangenheit nach § 22 GO verlässt der Gemeindevertreter Herr Kischkat um 19:17 Uhr den Sitzungsraum.

Herr Bürgermeister Lübke begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Thieme-Hack und den Planer Herrn Feenders der Planwerkstatt-Nord und übergibt das Wort an ihn.

Herr Feenders informiert die Anwesenden über die Tagesordnungspunkte 6 und 7. Ebenso erläutert Frau Thieme-Hack den Anwesenden kurz die Stellungnahmen des Kreises Herzogtum Lauenburg.

Zu der Aufstellung der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Roseburg, für das Gebiet: „Wotersener Weg 7/ 7a tlw. (Flurstücke 57/1 tlw., 57/2 tlw., Flur 3 sowie 87/2 tlw. und 1/5 tlw. , Flur 5, Gemarkung Roseburg)“, hat in der Zeit vom 16.06.16 bis zum 18.07.16 die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB stattgefunden.

Mit Schreiben vom 10.06.16 wurden die berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange über die öffentliche Auslegung unterrichtet sowie gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt und aufgefordert Stellungnahmen abzugeben. Die Beteiligung der Nachbargemeinde wurde ebenfalls durchgeführt.

In Rahmen dieses Verfahrensschrittes sind Stellungnahmen eingegangen, durch die die Grundzüge der Planung berührt werden und gemäß § 4a Abs. 3 BauGB eine erneute öffentliche Auslegung erforderlich wird.

Die eingegangenen Stellungnahmen können der beigefügten Anlage der Beschlussvorlage entnommen werden. Die Anlage enthält ebenfalls vorbereitete Abwägungsvorschläge.

Nach kurzer Beratung fasst die Gemeindevertretung Roseburg folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Roseburg, für das Gebiet: „Wotersener Weg 7/ 7a tlw. (Flurstücke 57/1 tlw., 57/2 tlw., Flur 3 sowie 87/2 tlw. und 1/5 tlw. , Flur 5, Gemarkung Roseburg)“, hat die Gemeindevertretung geprüft. Die Stellungnahmen und das Ergebnis der Prüfung ergeben sich aus der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Beschlusses ist.
2. Der Entwurf der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet: „Wotersener Weg 7/ 7a tlw. (Flurstücke 57/1 tlw., 57/2 tlw., Flur 3 sowie 87/2 tlw. und 1/5 tlw. , Flur 5, Gemarkung Roseburg)“ und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
3. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 4a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen und die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind über die Auslegung zu benachrichtigen.
4. Gleichzeitig werden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erneut aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl der Gemeindevertretung	Davon anwesend	Dafür	Dagegen	Stimm-enthaltung
9	9	8	-	-

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war Gemeindevertreter Hanno Kischkat von der Beratung ausgeschlossen; er war weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend.

- 7) **Bebauungsplan Nr. 6 für das Gebiet: "Wotersener Weg Nr. 7/7 a tlw. (Flurstücke 57/1 tlw., 57/2 tlw., Flur 3 sowie 87/2 tlw. und 1/5 tlw., Flur 5, Gemarkung Roseburg)", hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, Beschluss über eine erneute öffentliche Auslegung gem. § 4 a Abs. 3 BauGB**

Zu der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6 der Gemeinde Roseburg für das Gebiet: „Wotersener Weg 7/ 7a tlw. (Flurstücke 57/1, 57/2 tlw., Flur 3 sowie

87/2 tlw. und 1/5 tlw. , Flur 5, Gemarkung Roseburg)“, hat in der Zeit vom 16.06.16 bis zum 18.07.16 die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB stattgefunden.

Mit Schreiben vom 10.06.16 wurden die berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange über die öffentliche Auslegung unterrichtet sowie gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt und aufgefordert Stellungnahmen abzugeben. Die Beteiligung der Nachbargemeinde wurde ebenfalls durchgeführt.

In Rahmen dieses Verfahrensschrittes sind Stellungnahmen eingegangen, durch die die Grundzüge der Planung berührt werden und gemäß § 4a Abs. 3 BauGB eine erneute öffentliche Auslegung erforderlich wird.

Die eingegangenen Stellungnahmen können der beigefügten Anlage entnommen werden. Die Anlage enthält ebenfalls vorbereitete Abwägungsvorschläge.

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits von Herrn Feenders unter dem TOP 6 mit erläutert.

Beschluss Die Gemeindevertretung beschließt:

5. Die im Rahmen der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 6 der Gemeinde Roseburg, für das Gebiet: „Wotersener Weg 7/ 7a tlw. (Flurstücke 57/1 ., 57/2 tlw., Flur 3 sowie 87/2 tlw. und 1/5 tlw. , Flur 5, Gemarkung Roseburg)“, hat die Gemeindevertretung geprüft. Die Stellungnahmen und das Ergebnis der Prüfung ergeben sich aus der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Beschlusses ist.
6. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 6 der Gemeinde Roseburg für das Gebiet: „Wotersener Weg 7/ 7a tlw. (Flurstücke 57/1, 57/2 tlw., Flur 3 sowie 87/2 tlw. und 1/5 tlw. , Flur 5, Gemarkung Roseburg)“ und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
7. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 4a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen und die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind über die Auslegung zu benachrichtigen.
8. Gleichzeitig werden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erneut aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl der Gemeindevertretung	Davon anwesend	Dafür	Dagegen	Stimm-enthaltung
9	9	8	0	0

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war Gemeindevertreter Hanno Kischkat von der Beratung ausgeschlossen; er war weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend.

Gemeindevertreter Kischkat betritt nach Beendigung des Tagesordnungspunktes um 20.00 Uhr wieder den Sitzungsraum.

8) 3. vereinfachte Änd. des Bebauungsplanes Nr. 3 für das Gebiet: "Müllerland" zwischen "Bahnstraße" und der Bahnlinie Hamburg-Lübeck, hier : Aufstellungsbeschluss sowie Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB i. V. mit § 13 BauGB

Frau Reinke erläutert kurz den Sachverhalt.

Es gab eine Anfrage eines Grundstückseigentümers im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 3, zur Errichtung eines Carports mit einem Flachdach. Der Bebauungsplan Nr. 3 beinhaltet die textliche Festsetzung, dass Garagen und Nebenanlagen nur mit Dachneigungen zwischen 25°-50° zulässig sind. Um Garagen auch mit Flachdächern errichten zu können, ist die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 notwendig.

Da in der Vergangenheit bereits einige Garagen und Nebenanlagen im Plangeltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 3 mit Flachdächern errichtet wurden, sollte eine Bebauungsplanänderung durchgeführt werden, um gleiches Recht für alle Nachbarn untereinander zu gewährleisten.

Die Bebauungsplanänderung kann im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt werden. Hierbei entfällt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der berührten Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB. Von einer Umweltprüfung kann ebenfalls abgesehen werden.

Inhalt und Ziel der 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 ist eine Neufassung von Nr. 5 des Teil B Textes bezüglich der Zulässigkeit von Flachdächern für Garagen, Nebenanlagen und überdachte Stellplätze.

Der Planungsstand ist so weit, dass hierzu der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB i. V. mit § 13 BauGB gefasst werden kann.

Nach kurzer Beratung fasst die Gemeindevertretung Roseburg folgenden:

Beschluss:

1. Für das Gebiet: " Müllerland" zwischen „Bahnstraße“ und der Bahnlinie Büchen-Lübeck", wird die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele verfolgt: Änderung des Teil B Textes bezüglich der Zulässigkeit von Flachdächern für Garagen, Nebenanlagen und überdachte Stellplätze.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und der Erörterung wird nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
4. Der Entwurf der 3. vereinfachten Änderung für das Gebiet: " Müllerland" zwischen „Bahnstraße“ und der Bahnlinie Büchen-Lübeck" und die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
5. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB i. V. mit § 13 BauGB öffentlich auszulegen und die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl der Gemeindevertreter/innen	Davon anwesend	Dafür	Dagegen	Stimmenthaltung
9	9	9	-	-

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

9) Änderung des Umsatzgesetzes -Optionserklärung gem. § 27 Abs. 22 UStG-

Herr Benthien führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert den Sachverhalt.

Der Bundestag hat im Herbst 2015 das Steueränderungsgesetz beschlossen und damit auch die Einführung eines neuen § 2b des Umsatzsteuergesetzes angenommen, der künftig die Unternehmereigenschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts regelt. Mit der Gesetzesänderung wurde die Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts ab 2017 grundlegend geändert. Generell ist von einer wesentlichen Ausweitung der steuerbaren und steuerpflichtigen Leistung auszugehen.

Der Gesetzgeber hat jedoch mit dem neu eingeführten § 27 Abs. 22 UStG die Möglichkeit eröffnet, durch einmalige, gegenüber dem Finanzamt bis zum 31.12.2016 abzugebende Erklärung zu entscheiden, dass die bisherigen Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung, für sämtliche vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin gelten.

Die Gemeinden können damit in den Jahren 2017 bis 2020, die für sie im konkreten günstigere Rechtslage der Behandlung im Umsatzsteuerrecht bestimmen Diese Erklärung kann bereits während der Übergangsfrist einmalig widerrufen werden. Ab dem 01.01.2021 gelten ausnahmslos für alle steuerbaren und steuerpflichtigen Leistungen die neuen Vorschriften des UStG. Das bedeutet,

dass die Gemeinden sich in den kommenden Jahren intensiv auf alle steuerrechtlichen Fragen aus dem neuen Umsatzsteuerrecht vorbereiten müssen. Seitens der Verwaltung wird daher auch empfohlen das Optionsrecht auszuüben.

Beschluss:

Die Gemeinde Roseburg beschließt zum neuen Umsatzsteuerrecht folgende Erklärung:

Hiermit erklärt die Gemeinde Roseburg, dass sie – vorbehaltlich eines etwaigen Widerrufs- für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin § 2 Absatz 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anwendet.

Abstimmung:

Ja: 9

Nein: 0

Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

10) 1. Nachtragshaushaltssatzung und -plan 2016 der Gemeinde Roseburg

Herr Benthien trägt die Nachtragshaushaltssatzung vor und gibt hierzu einige Erläuterungen.

Mit dem Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 werden die bereits entstandenen Über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben der Gemeinde Roseburg erfasst und durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen gedeckt.

Mehrausgaben haben sich insbesondere durch Aufforstungsarbeiten (+7.600 €), der Abwasserbeseitigung (+6.900 €) und der Straßenunterhaltung (+28.300) ergeben. Auch die Gewerbesteuerumlage musste um 3.700 € erhöht werden. Die Zuführung vom Vermögenshaushalt wurde um 52.300 € auf nunmehr 60.300 € erhöht..

Vermögenshaushalt:

Im Vermögenshaushalt werden folgende zusätzliche Mittel bereitgestellt:

Erwerb bewegliches Vermögen Spielplatz	5.600 €
Erwerb bewegliches Vermögen Gemeindestraßen	9.100 €
Bau Buswartehäuschen	5.500 €
Planungskosten Flüchtlingsunterkunft	6.900 €

Durch den Verkauf eines Grundstückes (97.300 €) kann der allgemeinen Rücklage ein Betrag in Höhe von 9.800 € zugeführt werden.

Nach eingehender Aussprache fasst die Gemeindevertretung folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Roseburg beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan und den vorgeschriebenen Anlagen für das Haushaltsjahr 2016 in der vorliegenden Fassung.

Abstimmung: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11) Haushaltssatzung und -plan 2017 der Gemeinde Roseburg

Herr Benthien führt in den Tagesordnungspunkt ein, trägt die Haushaltssatzung vor und gibt hierzu einige Erläuterungen. Nach kurzer Beratung fasst die Gemeindevertretung folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Roseburg beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2017 mit den vorgeschriebenen Anlagen in der vorgelegten Fassung.

Abstimmung: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

12) Jahresrechnung 2015

Es wird vorgetragen, dass die Prüfung der Jahresrechnung vorgenommen wurde. Beanstandungen gab es keine. Mithin fasst die GV einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Roseburg beschließt, dass das Ergebnis der Jahresrechnung 2015 in den Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt mit 809.158,26 € und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit 140.609,58 € festgestellt wurde.

Haushaltsüberschreitungen ergaben sich im Verwaltungshaushalt in Höhe von 20.840,53 €. Im Vermögenshaushalt ergaben sich keine Haushaltsüberschreitungen.

Die eingetretenen Haushaltsüberschreitungen werden genehmigt.

Abstimmung: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

13) Beschluss über die Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr Roseburg

Der Bürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Mit Änderung des Brandschutzgesetzes wurde mit Wirkung vom 01.01.2015 der § 8a eingefügt. Dieser beschreibt die Gliederung der freiwilligen Feuerwehr in Abteilungen. Neben der pflichtigen Einsatzabteilung gemäß Absatz 1 können gemäß Absatz 2 innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr zusätzliche Abteilungen wie zum Beispiel eine Wachabteilung mit hauptamtlichen Kräften, eine Reserveabteilung, eine Ehrenabteilung, eine Jugend- und eine Kinderabteilung sowie eine Verwaltungsabteilung gebildet werden.

Die Bildung dieser Abteilungen bedarf der vorherigen Entscheidung der Gemeindevertretung.

Da in den meisten Wehren entsprechende Abteilungen bereits existieren, empfiehlt sich, den durch § 8a Abs. 2 geforderte Beschluss der Gemeindevertretung nachzuholen.

Gemäß des Erlasses des Innenministeriums vom 27.11.2015 wurden zum einen neue Mustersatzungen und zum anderen Musterbestimmungen für die einzelnen Abteilungen veröffentlicht, die als Anlage der eigentlichen Feuerwehrsatzung geführt werden.

Diese Mustersatzungen wären dann durch die Feuerwehren zu beschließen.

Jugendwehren

Es empfiehlt sich, dass alle Gemeinden die Einrichtung der Abteilung Jugendwehr beschließen und im Nachgang durch die Feuerwehr die Musterbestimmungen Jugendabteilung beschließen lassen.

Dies ist auch nötig, wenn keine tatsächliche eigene Jugendwehr existiert. In diesem Fall werden die Jugendlichen zwar statistisch bei der eigenen Wehr gezählt, werden aber organisatorisch der Jugendfeuerwehr einer anderen Gemeinde überstellt.

Allen Wehren des Amtes wird daher empfohlen, den förmlichen Beschluss über die Bildung der Abteilungen der jeweiligen Feuerwehr zu fassen.

Die Gemeindevertretung Roseburg beschließt, neben der Einsatzabteilung die Möglichkeit die nachfolgend aufgeführten Abteilungen zu bilden:

- Kinderabteilung
- Jugendabteilung
- Förderabteilung
- Ehrenabteilung
- Verwaltungsabteilung

Abstimmung:

Ja: 9

Nein: 0

Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

14) Beschluss über die Satzung für Sondervermögen der Gemeinde Roseburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Roseburg

Der Bürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und berichtet über erfolgte Gespräche mit der Verwaltung, dem Amtswehrführer und dem Kreis.

Um die von den Freiwilligen Feuerwehren geführten Kameradschaftskassen rechtlich zu legitimieren, wurden die Gemeindeordnung sowie das Brandschutzgesetz entsprechend geändert. Demnach sind die bisherigen Kameradschaftskassen als Sondervermögen für die Kameradschaftspflege

weiterzuführen, was durch eine Satzung zu regeln ist.

Durch eine Arbeitsgruppe des Landesfeuerwehrverbandes wurde eine Mustersatzung erarbeitet welche per Erlass des Innenministeriums vom 27.09.2016 in Kraft getreten ist.

Nach dieser sind zukünftig durch den Wehrvorstand vor dem Haushaltsjahr Einnahme- und Ausgabepläne zu erstellen und durch die Mitgliederversammlung zu beschließen. Außerdem bedarf dieser Plan der Zustimmung der Gemeindevertretung.

In der praktischen Umsetzung bedeutet dies, dass die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatung diesen Einnahme- und Ausgabeplan abfragt und als Vorbericht in den Gemeindehaushalt aufnimmt. Die Zustimmung durch die Mitgliederversammlung kann dann in der jährlichen Jahreshauptversammlung am Anfang des Jahres erfolgen.

Des Weiteren ist binnen 3 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres eine Einnahme- / Ausgaberechnung zu erstellen, welche ebenfalls durch die Mitgliederversammlung zu beschließen und der Gemeindevertretung vorzulegen ist.

Ferner berichtet Herr Benthien von der angeforderten Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde. Aus dieser Stellungnahme geht u.a. eindeutig hervor, dass die Gemeinde verpflichtet ist eine Satzung über Sondervermögen zu erlassen, sobald eine Kameradschaftskasse vorhanden ist. Ansonsten wäre es rechtswidrig.

Nach eingehender Diskussion fasst die Gemeindevertretung folgenden

Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Roseburg beschließt Satzung für Sondervermögen der Gemeinde Roseburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Roseburg gemäß dem vorliegenden Entwurf.

Abstimmung:

Ja: 1

Nein: 5

Enthaltung: 3

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

15) Verschiedenes

Herr Kischkat erfragt die Möglichkeit zusätzlicher Beleuchtung auf dem Spielplatz durch einen Telegrafmast.

Hierzu merkt Herr Horn an, dass er bereits seit geraumer Zeit Licht für das Buswartehäuschen in der Hauptstraße angeregt hat.

Es wird sich darauf verständigt die beiden Angelegenheiten im Bauausschuss zu beraten.

Frau Langhans regt den Aufbau eines Bekanntmachungskastens/Schaukastens am Spielplatz an. Der Schaukasten ist bereits vorhanden, es wären lediglich Pfosten für die Aufstellung notwendig.

Herr Hinsch erfragt den Sachstand der Wegenutzungsverträge für Strom und Gas.

.....
Otto Lübke
Vorsitzender

.....
Nina Schering
Schriftführung